

16.03.2022

# **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Schule und Bildung**

zu dem Antrag  
der Fraktion der SPD  
- Drucksache 17/14940 -

**Eine Ganztagsoffensive für NRW, Mehr Plätze, mehr Qualität, mehr Bildung!**

**Berichterstatlerin**

Abgeordnete Kirstin Korte

## **Beschlussempfehlung**

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 17/14940 - wird abgelehnt.



## **Bericht**

### **A Allgemeines**

Der Antrag der Fraktion der SPD „Eine Ganztagsoffensive für NRW. Mehr Plätze, mehr Qualität, mehr Bildung!“ (Drucksache 17/14940) wurde am 9. September 2021 zur federführenden Beratung vom Plenum an den Ausschuss für Schule und Bildung und zur Mitberatung an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen.

Die antragstellende Fraktion führt aus, dass Expertinnen und Experten beschreiben in ihren Beiträgen eindrucksvoll die Wirksamkeit von Ganztagsschulen. Die Ergebnisse ihrer Veröffentlichungen belegen, dass Kinder und Jugendliche, die regelmäßig an guten Ganztagsangeboten teilnehmen, bessere Lernerfolge erzielen. Ganztagsschulen leisten einen erheblichen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Trotz dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse, dass gute und funktionierende Ganztagsschulen ein Garant für Bildungsgerechtigkeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind, habe nicht jedes Kind Zugang zu einem Platz im Ganztag. Schon lange sei die OGS keine reine Halbtagschule mit Suppenausgabe mehr, in der Kinder lediglich beaufsichtigt werden. Stattdessen böten Ganztagsschulen pädagogische Konzepte und Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung. Sie sind ferner ein erfolgreicher und wichtiger Bestandteil des ganzheitlichen Bildungsangebotes zwischen Jugendhilfe und Schule. Auch vor dem Hintergrund des Einsatzes von multiprofessionellen Teams eröffnen sich vielfältige Fördermöglichkeiten für Kinder. Diese multiprofessionellen Teams gelte es in der OGS zu institutionalisieren und mit guten und sicheren Arbeitsverhältnissen festzuschreiben.

Die Landesregierung wird daher u.a. aufgefordert schnellstmöglich mit Kommunen und Trägern in Gespräche einzusteigen, wie der Ganztag die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen abfedern kann. Ziel solle eine schnelle Ausweitung der Ganztagsangebote auf möglichst viele SchülerInnen sein. Die Träger müssen in die Lage versetzt werden, das OGS-Personal auch am Vormittag einzusetzen, um die Lehrkräfte zu entlasten. Eine Ausdehnung des Ganztagsangebots auf alle Schülerinnen und Schüler muss politisch gewollt, positiv gestaltet und entsprechend kommuniziert werden. Begriffe wie „Notbetreuung“ vermitteln nicht die Potentiale, die der Ganztag hat. Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert endlich die Finanzierung des Offenen Ganztags zu sichern und auskömmlich auszustatten, damit nicht mehr der Wohnort der Familien bzw. die Kassenlage der Kommune über die Qualität entscheidet. Hierbei sei es wichtig, Standortfaktoren zu berücksichtigen und entsprechend auszugleichen. Im Zuge einer finanziellen Neugestaltung seien auch die Elternbeiträge zu streichen.

### **B Beratung**

Der Antrag wurde in der 102. Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung am 15. September 2021 erstmals aufgerufen und der Ausschuss hat einvernehmlich die Durchführung einer Anhörung zu dem Antrag beschlossen (Ausschussprotokoll 17/1543). Die gemeinsame Anhörung hat der Ausschuss für Schule und Bildung sowie der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend am 8. Dezember 2021 durchgeführt (Ausschussprotokoll 17/1661). Die Sachverständigen waren gebeten, im Vorfeld der gemeinsamen Anhörung schriftlich zu dem Antrag Stellung zu nehmen.

Das nachfolgende Tableau enthält eine Übersicht der eingeladenen Sachverständigen sowie derer schriftlich übermittelten Stellungnahmen.

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Professor Dr. Thomas Rauschenbach Deutsches Jugendinstitut München	Professor Dr. Rauschenbach	17/4645
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Städtetag NRW Köln	Stefan Hahn	17/4633
Landkreistag NRW Düsseldorf	Dr. Kai Zentara	17/4639
Städte- und Gemeindebund NRW Düsseldorf	Dr. Jan Fallack	17/4638
Landeselternkonferenz LEK NRW Anke Staar Dortmund	Anke Staar Birgit Völxen	17/4648
Helga Siemens-Weibring Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen c/o Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln e.V. Köln	Helga Siemens-Weibring	17/4616
Dr. Julia Weischenberg Technische Universität Dortmund CDI- Gebäude/Forschungsverbund Dortmund	Dr. Julia Weischenberg	17/4619
Christian Eberhard Gottfried Kinkel Grundschule Bonn	Christian Eberhard	17/4617

Zusätzlich wurden weitere Stellungnahmen vom ISA - Institut für soziale Arbeit e. V., Münster (Stellungnahme 17/4615), dem Verband allein erziehender Mütter und Väter (Stellungnahme 17/4623), der Landeselternschaft Grundschulen NRW e. V. (LEGS)

(Stellungnahme 17/4626) sowie dem Landeselternbeirat der Kindertageseinrichtungen in NRW e.V. (LEB) (Stellungnahme 17/4649) eingereicht.

### **C Abstimmung**

Der mitberatende Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat in seiner Sitzung am 10. Februar 2022 beschlossen den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen.

Am 16. März 2022 tagte der federführende Ausschuss für Schule und Bildung letztmalig zum Thema (Ausschussprotokoll 17/1756). Anschließend wurde der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Kirstin Korte  
- Vorsitzende -